

8. Juni 2020

Patricio Frei  
Talweg 165  
8610 Uster



Wortmeldung der Grünen

An die Präsidentin des Gemeinderates  
Frau Karin Niedermann  
8610 Uster



## **Traktandum 3 – Beschlussantrag 584 – CHF 1'000 Behördenentschädigung pro Ratsmitglied zugunsten der «9 für 8 Usterbatzen-Aktion» aufgrund der Corona-Krise**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Geschätzte Anwesende

Dieser Beschlussantrag ist sicherlich gut gemeint von den SVP/EDU- und FDP/CVP-Fraktionen. Die Absicht dahinter ist offensichtlich: Das lokale Gewerbe soll jetzt in der abklingenden Corona-Krise gestärkt werden. Doch was gut gemeint ist, muss nicht zwangsläufig auch wirklich durchdacht sein. Deshalb möchten die Grünen Mitglieder des Ustermer Gemeinderats folgende 10 Fragen beantwortet haben, bevor wir über diesen Vorstoss abstimmen:

1. Ist dieser Beschlussantrag überhaupt rechters? Die Behördenabgabe ist nämlich in der Verordnung über die Entschädigung der Behörden festgehalten, die dem fakultativen Referendum untersteht.
2. Weshalb ist dieser Vorstoss der einzige von SVP und FDP zur Bewältigung der Corona-Krise?
3. Dieser Beschlussantrag will, dass der Gemeinderat gemeinsam das Ustermer Gewerbe unterstützt. Weshalb haben dann SVP und FDP vor der Einreichung die übrigen Fraktionen nicht zum Mitunterzeichnen eingeladen? Die fehlende Zeit kann kein Grund sein, denn: Zur gleichen Zeit, wie dieser Antrag eingereicht wurde, haben wir Grünen einen Aufruf organisiert, um die Bevölkerung an die Wichtigkeit des lokalen Konsums nach der Lockerung des Lockdowns zu erinnern – der von allen im Ustermer Parlament vertretenen Parteien unterzeichnet wurde.
4. Wie ist ein solcher Vorstoss mit dem Geist der sogenannten «Liberalen» vereinbar, der sich sonst immer auf die Freiwilligkeit und Freiheit jedes einzelnen beruft?
5. Falls die Grünen Mitglieder des Gemeinderats einer solchen Spende zustimmen, wären SVP und FDP auch bereit, – angesichts der Klimakrise, die ja noch viel grösser als die Corona-Krise ist – ebenfalls 1000 Franken ihrer Behördenentschädigung für Klimaschutzprojekte beispielsweise von WWF oder Greenpeace zu spenden?
6. Es ist unbestritten, dass die Corona-Krise auch Uster hart zugesetzt hat. Bund und Kantone haben zwar Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen getroffen und auch die Stadt Uster blieb nicht untätig. Doch um über geeignete Massnahmen zu entscheiden, wäre es Voraussetzung zu wissen, wie viele Betriebe in Uster durch dieses Netz gefallen und in ihrer Existenz bedroht sind?
7. Wie wollen die SVP und FDP sicherstellen, dass mit dieser Aktion tatsächlich diejenigen Betriebe profitieren, die es am nötigsten haben?

8. Stimmt die SVP Jürg Krauer von der FDP zu, der sich im Anzeiger von Uster vom 21. April 2020 mit Worten zitieren liess, dass «von den verbilligten Batzen in erster Linie die Konsumenten profitieren würden und nicht das Gewerbe»?
9. Nebst dem Ustermer Gewerbe gibt es noch weitere Bevölkerungsschichten, die von der Corona-Krise betroffen sind, wie Selbständigerwerbende, alleinerziehende Mütter oder kurzarbeitende Väter. Wie gedenken SVP und FDP diesen Menschen zu helfen?
10. Die Stadt Uster hat sich mit ihrer Vergünstigung der Usterbatzen und weiteren Massnahmen solidarisch gezeigt und sich um das lokale Gewerbe gesorgt. Darf man nun aus diese Kreisen Bereitschaft erwarten, die durch die Krise anfallenden Kosten solidarisch auf alle zu verteilen, etwa durch eine Erhöhung des Steuerfusses, und ohne den Anspruch zu stellen, zu ihrem Wohl müsse nun bei anderen gespart werden?

Vielen Dank im Voraus für die Beantwortung dieser Fragen. Falls uns die Antworten nicht überzeugen, werden wir Grünen den Vorstoss nicht unterstützen.

Patricio Frei  
Fraktionspräsident Grüne